

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

62. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. September 1999, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Gisela Böhrk (SPD)

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU)

in Vertretung von Klaus Haller

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung von Silke Hars

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Weitere AnwesendeDie Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	a) Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein	6
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2051	
	b) Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) Drucksache 14/2068	
2.	Havarie der „Oostzee“	4
	Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2290	
3.	Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet	8
	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1809	
	Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1832	
4.	Anhörung über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Nationalparkgesetzes	5
5.	Bericht des Wirtschaftsministers über den Stand der Einführung von Mini-Kreisverkehrsplätzen nach nordrhein-westfälischem Muster in Schleswig-Holstein	9
6.	Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.
Die Ausschussmitglieder behandeln zunächst Punkt 2 der Tagesordnung:

Havarie der „Oostzee“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2290

(überwiesen am 8. Juli 1999 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Einstimmig schließen sich die Ausschussmitglieder auf Vorschlag des Vorsitzenden dem vom Innen- und Rechtsausschuss bereits unter dem 2. September 1999 gestellten Aktenvorlagebegehren an:

Vorlage aller bei der Landesregierung sowie den nachgeordneten Dienststellen geführten Akten beziehungsweise vorliegenden Schriftwechsel, die im Zusammenhang mit der Havarie der „Oostzee“ im Jahr 1989 vorliegen.

Im Ausschuss besteht Einvernehmen darüber, die Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt nach Einsichtnahme in die Akten aufzunehmen.

Sodann befasst sich der Ausschuss mit Punkt 4 der Tagesordnung:

Anhörung über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Nationalparkgesetzes

Abg. Schmitz-Hübsch, die für die CDU-Fraktion um Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung gebeten hat, erklärt, dass nach ihrer Kenntnis bereits im Rahmen der vom federführenden Umweltausschuss durchgeführten Anhörung Fragen der wirtschaftlichen Auswirkungen des Nationalparkgesetzes behandelt worden seien. Sie verzichtet vor diesem Hintergrund auf die weitere Behandlung dieses Tagesordnungspunktes.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2051

hierzu: Umdruck 14/3552

b) Antrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

Drucksache 14/2068

hierzu: Umdruck 14/3767

(überwiesen am 26. März 1999 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Finanzausschuss)

M Bülck nimmt Bezug auf den Bericht der Landesregierung und hebt hervor, dass die Lage des deutschen und des schleswig-holsteinischen Schiffbaus nach wie vor schwierig sei. Vor diesem Hintergrund sei der von der alten Bundesregierung für das Akquisitionsjahr 1999 vorgesehene Betrag von 50 Millionen DM Bundesmitteln unzureichend gewesen. Wenn dieser Ansatz in der Zwischenzeit auf Bundesebene auch wiederum nach einer Aufstockung auf 100 Millionen DM auf 85 Millionen DM gekürzt worden sei, verblieben doch 35 Millionen DM mehr an Bundesmitteln.

Nicht erfolgreich seien die Bemühungen der Küstenländer und insbesondere Schleswig-Holsteins gewesen, den Bund zu einer Erhöhung seines Anteils an den Wettbewerbshilfemitteln zu bewegen.

Die Landesregierung habe beschlossen, die Bundesmittel für die 7. Programmfortsetzung mit 31,88 Millionen DM Landesmitteln gegenzufinanzieren, was 50 % des auf Schleswig-Holstein entfallenden Programmvolumens entspreche. Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen über diese Haushaltsposition bleibe abzuwarten. Erst dann, wenn feststehe, ob und - wenn ja - in welcher Höhe sich der Bund an dem Wettbewerbshilfeprogramm beteiligen werde, stelle sich die Frage nach den Komplementärmitteln des Landes für das Akquisitionsjahr 2000. Die Landesregierung habe hier einen Betrag von 30 Millionen DM eingeplant, mit dem sich bei einer 50-prozentigen Bundesbeteiligung ein Programmvolumen von 60 Millionen DM erreichen lasse, mit dem ein Auftragsvolumen von 1,2 Milliarden DM unter der Annahme gefördert werden könne, dass der durchschnittliche Fördersatz bei 5 % liege.

Abg. Schmitz-Hübsch spricht im Folgenden vor allem die Verteilung der Schiffbaumittel entsprechend der jeweiligen Größe der Werften an. - Nach dem Hinweis von Abg. Hentschel, dass man große Vorsicht dabei walten lassen solle, am Schlüssel etwas zu ändern, erklärt M Bülck, dass sein Haus wie in den Vorjahren die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen vor Festlegung des Verteilungsschlüssels informieren werde.

Abg. Schmitz-Hübsch verweist sodann auf den von der Fraktion der CDU vorgelegten Änderungsantrag Umdruck 14/3767 und erklärt, dass dieser Antrag die Zustimmung aller im Landtag vertretenen Fraktionen finde. Auch Abg. Spoorendonk schließt sich diesem Änderungsantrag an.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, den Antrag Drucksache 14/2068 in der Fassung des Umdrucks 14/3767 anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1809

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1832

hierzu: Umdruck 14/3819

(überwiesen am 10. Dezember 1998 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Hentschel spricht sich dafür aus, in den Berichtsantrag aufzunehmen, welche Konsequenzen die Landesregierung aus der zu diesem Thema vom Sozialausschuss und vom Wirtschaftsausschuss durchgeführten Anhörung ziehe.

Abg. Schmitz-Hübsch beantragt, in die Berichterstattung auch den Punkt „Verbesserte Informationen für Handwerksbetriebe, die auf der anderen Seite der Grenze tätig werden wollen,“ mit aufzunehmen.

Der Ausschuss spricht einstimmig die Empfehlung an den federführenden Sozialausschuss aus, dem Plenum des Landtages zu empfehlen, die Anträge Drucksache 14/1809 und 14/1832 anzunehmen sowie darüber hinaus in die Berichterstattung durch die Landesregierung folgende Punkt zusätzlich aufzunehmen:

- Verbesserte Informationen für Handwerksbetriebe, die auf der anderen Seite der Grenze tätig werden wollen,
- Konsequenzen aus den Ergebnissen der vom Sozialausschuss und vom Wirtschaftsausschuss vom 17. Juni 1999 durchgeführten Anhörung.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Wirtschaftsministers über den Stand der Einführung von Mini-Kreisverkehrsplätzen nach nordrhein-westfälischem Muster in Schleswig-Holstein

St Dr. Rohwer führt aus, dass sich die Mini-Kreisel in Nordrhein-Westfalen in Versuchen gut bewährt hätten. Mini-Kreisverkehrsplätze könnten insbesondere dort sinnvoll eingesetzt werden, wo für kleine Kreisverkehrsplätze die benötigte Fläche nicht verfügbar sei.

Die in Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Empfehlungen für Mini-Kreisverkehrsplätze enthielten unter anderem die Aussage, dass solche Kreisverkehre keine Besonderheiten aufwiesen, die eine Änderung der geltenden rechtlichen Vorschriften erfordern würden. Diese Auffassung werde jedoch vom Bundesverkehrsministerium sowie vom Bund-Länder-Fachausschuss für den Straßenverkehr und die Verkehrspolizei nicht geteilt. Insofern müssten zunächst noch Fragen der rechtlichen Umsetzung geklärt werden. Diese Klärung erwarte man bis zum Jahr 2000.

St Dr. Rohwer trägt weiter vor, dass man entsprechende Maßnahmen in Schleswig-Holstein vorbereite, dass man aber zunächst die Befassung durch den Bund-Länder-Fachausschuss mit dieser Thematik abwarten wolle, zumal auch ein konkretes Konzept des Bundesverkehrsministers zurzeit noch nicht vorliege. Die schleswig-holsteinische Straßenbauverwaltung sei aber darauf eingestellt, in geeigneten Fällen diese neue Knotenpunktform beim Umbau von Kreuzungen zu berücksichtigen, ohne damit bereits jetzt eine Entscheidung zu treffen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch nach dem Stand der Verhandlungen zum Abschluss eines Trassensicherungsvertrages für die Bahnstrecke Flensburg - Niebüll erwidert M Bülck, dass das Interesse an einem Erhalt dieser Strecke inzwischen wieder stärker geworden sei und sich die Möglichkeiten einer Streckennutzung mittlerweile - gegenüber der Sachverhaltsdarstellung in der Wirtschaftsausschusssitzung am 10. Februar d. J. - anders darstellten. Die diesbezügliche Diskussion mit der Bahn dauere noch an. Für den Fall einer Entscheidung sagt M Bülck eine weitere Berichterstattung im Wirtschaftsausschuss zu.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 10:35 Uhr.

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Neil
Geschäfts- und Protokollführer